

Position der IHK Nord zur Zulassung des EuroCombi auf deutschen Straßen (20.1.2010)

Präambel:

Die Industrie- und Handelskammern setzen sich seit Jahren für die Einführung neuer Verkehrstechnologien ein. Damit befinden wir uns in Übereinstimmung mit dem Masterplan Güterverkehr und Logistik der Bundesregierung, in dem eine Erhöhung der Effizienz der Verkehrsabwicklung im Güterverkehr gefordert wird.

Künftig wird die Gütermenge nach Meinung von Experten vor allem auf der Straße weiterhin deutlich ansteigen. Hierauf haben sich benachbarte europäische Länder unter anderem durch die Zulassung von effizienten Fahrzeugkombinationen eingestellt. Durch die internationale Arbeitsteilung erhöht sich auch für die deutsche Wirtschaft der Wettbewerbsdruck. Dies bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Verkehrswirtschaft, die sich mit entsprechenden Logistiksystemen konfrontiert sieht.

Die Bundesregierung hat dieses Problem erkannt und beabsichtigt, neue Fahrzeuglängen und -gewichte zuzulassen. Alles spricht dabei für die Transporttechnologie EuroCombi, deren ökonomische und ökologische Vorteile Untersuchungen und Studien nachweislich belegt haben. Praxistests bestätigen diese Aussagen.

Forderungen der IHK Nord:

Die IHK Nord als gemeinsame Interessenvertretung der norddeutschen Wirtschaft fordert, dass die Bundesregierung

- ihren im Koalitionsvertrag festgelegten Beschluss zügig umsetzt und kurzfristig eine Entscheidung zum Einsatz des EuroCombi als neue Fahrzeugkombination trifft. Dabei geht es um technisch, ökonomisch und ökologisch sinnvolle Lösungen für Transporte von bis zu 44 t zulässigem Gesamtgewicht,
- die Diskussion auf EU-Ebene vorantreibt, um einheitliche Maße und Gewichte ohne Ausnahmen in Europa zu sichern,
- Vorsorge dafür trifft, dass der Einsatz des EuroCombi auf technisch geeigneten Strecken generell freigegeben wird. Die Festlegung von Kriterien für dieses Streckennetz sollte unter Einbeziehung der Wirtschaft erfolgen.

Die IHK Nord ist ein Zusammenschluss 13 norddeutscher Industrie- und Handelskammern aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Wir vertreten mehr als 600.000 Unternehmen in Norddeutschland und stützen uns auf rund 20.000 ehrenamtlich engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer. Arbeitsschwerpunkte sind die Hafenwirtschaft, die maritime Technologie, die Verkehrsinfrastruktur, die Tourismuswirtschaft und die Industrie.